

Bauernbund Brandenburg

**Und wem das als Agrarstruktur noch nicht groß genug ist,
der soll doch dahin gehen, wo die Wölfe herkommen ...**

Kämpferische Rede von Kurt Klamroth auf der Hauptversammlung im Summter Storch



Ministerpräsident Dietmar Woidke am Rednerpult, dahinter: Am Tisch links unser Präsident Karsten Jennerjahn, der AfD-Landtagsabgeordnete Sven Schröder, der CDU-Fraktionsvorsitzende Ingo Senftleben. Am Tisch rechts (verdeckt) der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Axel Vogel und der Präsident des Deutschen Bauernbundes Kurt Klamroth

Dass ein brandenburgischer Ministerpräsident auf der Hauptversammlung des Bauernbundes Brandenburg spricht, war eine Premiere, auch wenn Dietmar Woidke aufgrund seiner früheren Funktion als Landwirtschaftsminister natürlich kein Neuling auf dem Parkett war. Vor einem mit 140 Teilnehmern voll besetzten Saal im Landgasthof Summter Storch ließ er es sich am 13. Februar nicht nehmen, auf diese langjährige Begleitung einzugehen: "Wir waren nicht immer einer Meinung, aber wir sind immer fair miteinander umgegangen." Großen Beifall erhielt er, als er an den gemeinsamen Widerstand gegen die Grüne Gentechnik erinnerte und forderte, das Saatgut müsse auch in Zukunft Eigentum der Landwirte bleiben. Wenig Konkretes konnte Woidke zwar bei dem von Bauernbund verlangten Vorkaufsrecht für ortsansässige Landwirte vermelden, versprach aber, dass die Landesregierung zeitnah Regelungsvorschläge vorlegen wird.

CDU-Fraktionsvorsitzender Ingo Senftleben konterte sofort mit der Frage, warum die Regierungskoalition dann den schwarz-grünen Entschließungsantrag zum Vorkaufsrecht im Landtag abgelehnt habe, der sich inhaltlich an den Forderungen des Bauernbundes orientierte. Und der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Axel Vogel warf der Landesregierung vor, industrielle Agrarstrukturen zu unterstützen statt die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken. Auch der AfD-Landtagsabgeordnete Sven Schröder, zugleich Agrarausschussvorsitzender des Landtags, sprach sich dafür aus, dass die faktische Bevorzugung der Großbetriebe in Brandenburg aufhören müsse.

In seinem anschließenden "Rundumschlag" ging Kurt Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes, auf aktuelle agrarpolitische Themen ein, von der Umsetzung der EU-Agrarreform über den Entwurf zur Düngeverordnung, die Ausbreitung des Wolfes, das landwirtschaftliche Sondererbrecht und die Privatisierung der BVVG-Flächen bis hin zu den auf Länderebene geplanten Änderungen

des Grundstücksverkehrsgesetzes, wofür er ein agrarpolitisches Leitbild einforderte: "Hier kommen wir nicht drum herum, über Obergrenzen zu reden. In Sachsen-Anhalt haben wir tausend Hektar in die Diskussion gebracht – so viel wie ein Dorf um seinen Kirchturm herum Flächen hat. Wenn in so einem Dorf nur ein Bauer wirtschaftet, dann ist das meines Erachtens schon traurig genug, und wem das als Agrarstruktur immer noch nicht groß genug ist, der soll doch dahin gehen, wo die Wölfe herkommen." Tosender Jubel im Saal, da hatte einer den Nerv getroffen ...

Auch sonst war der 13. Februar ein rundum gelungener Tag, alle brandenburgischen Medien berichteten ausführlich und griffen unsere Forderung nach dem Vorkaufsrecht auf, der RBB drehte in der Nachbarschaft auf dem Hof unseres Mitglieds Stefan Gürgen in Zehlendorf. Die eigentliche Mitgliederversammlung fand diesmal am Vormittag statt und verlief harmonisch, nach dem Geschäftsbericht von Reinhard



Jung, dem Kassenbericht von Antje Bree und dem Kassenprüfungsbericht von Achim Nettelbeck wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt, im Anschluss gab es rege Diskussionen unter anderem über Tierproduktion und Freihandelsabkommen. Auch die neue Lokalität, für die wir uns nach einem Betreiberwechsel in Falkenrehde entschieden hatten, kam gut an, die Portionen waren reichlich bemessen und lecker – so darf es bleiben.

Günter Dammaschke 1935 - 2015



Unser langjähriges Vorstandsmitglied Günter Dammaschke ist im Alter von 79 Jahren gestorben, ein Urgestein des Bauernbundes, ein Bauer der ersten Stunde. Gleich nach der Wiedervereinigung 1990 nahm Günter, der damals noch in sicherer Stellung bei der Post beschäftigt war, seine Flächen aus der LPG heraus und gründete seinen Betrieb mit Milchvieh und Ackerbau in Schenkendöbern. Nach und nach vergrößerte er die Wirtschaft auf über 200 Hektar, übergab sie schließlich an seinen Sohn Guido, dessen Sohn Michael bereits im Betrieb aktiv mitarbeitet. Vom ersten Moment an ging es Günter nicht nur um das eigene Wohlergehen, sondern um die freien Bauern in Brandenburg. 1993 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern des Bauernbundes (damals Landwirte-Verband)

und ließ sich auch gleich in den Vorstand wählen, dem er bis 2009 sechzehn Jahre angehörte. Für den Bauernbund arbeitete er außerdem im Beirat der Tierseuchenkasse und der Vertreterversammlung der Berufsgenossenschaft mit sowie als Schöffe an den Landwirtschaftsgerichten Cottbus und Guben. Gerade in der Anfangszeit half er unermüdlich vielen Berufskollegen, die sich wie er selbstständig machen wollten. Bis vor etwa einem Jahr, so lange seine Gesundheit es zuließ, hat Günter nach Kräften auf dem Hof mitgeholfen und kaum eine Veranstaltung des Bauernbundes ausgelassen. Dass unser Berufsverband sich in den Widerstand gegen neue Braunkohle-Tagebaue einreichte, die auch seine Heimat bedrohen, empfand er als wertvolle Unterstützung. "Wenn man sieht, wie gut sich der Bauernbund seit 1993 entwickelt hat, dann erfüllt mich das mit Stolz", sagte Günter bei seiner Verabschiedung aus dem Vorstand. Wir werden nicht nachlassen, in seinem Sinne zu wirken, und sein Andenken in Ehren halten.

Karsten Jennerjahn

Bauernbund fordert Landtag auf, schwarz-grünen Entschließungsantrag zum Bodenmarkt anzunehmen

Pressemitteilung vom 22. Januar 2015

Anlässlich der heutigen Aktuellen Stunde zum Thema "Bodenspekulation begrenzen" hat der Bauernbund Brandenburg die Landtagsabgeordneten aufgefordert, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. "Seit dem Antrag zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe Bodenmarkt sind zwei Jahre vergangen, in denen sich alle Fraktionen einig waren, dass ortsansässige Landwirte gegen auswärtige Kapitalanleger gestärkt werden müssen – aber passiert ist nichts", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Jung sprach sich dafür aus, den von CDU und Grünen eingebrachten Entschließungsantrag anzunehmen und damit die Ortsansässigkeit der Betriebsinhaber zum Leitbild der brandenburgischen Agrarpolitik zu erheben. Auf dieser Grundlage könne dann ein Vorkaufsrecht zugunsten ortsansässiger Landwirte im Grundstücksverkehrsgesetz verankert werden.

Blockiert werde die Gesetzesänderung bisher vor allem von Landesbauernverband und Agrarverwaltung, kritisiert Jung: "Der Bauernverband weigert sich, den Begriff ortsansässige Landwirte zu definieren, und spricht lieber von ortsansässigen Betrieben, was völlig in die Irre führt. Jeder Landwirtschaftsbetrieb ist ortsansässig, es kommt darauf an, wem er gehört." Die Verwaltung beauftrage ein Gutachten nach dem anderen, das immer wieder nur ergibt, dass eine Privilegierung ortsansässiger Landwirte rechtlich möglich, aber schwierig zu begründen sei. "Jetzt ist die Politik gefordert. Noch ein Wischi-Waschi-Beschluss hilft uns nicht weiter", so der Bauernbund-Geschäftsführer. Nach einer Untersuchung des Bauernbundes befinden sich in Brandenburg derzeit rund 111.000 Hektar in der Hand auswärtiger Kapitalanleger, Tendenz steigend. Das entspricht der Größenordnung eines Landkreises.

Die von den Linken beantragte Aktuelle Stunde wurde für die Regierungskoalition zum Fiasko, da die Ablehnung des schwarz-grünen Antrags in allen großen brandenburgischen Medien mit Verständnislosigkeit aufgenommen wurde. "Mit rot-roter Mehrheit wurde ein SPD-Linke-Antrag beschlossen, wonach Agrarminister Jörg Vogelsänger in Auswertung der kommenden Agrarministerkonferenz und der Erfahrungen anderer Länder irgendwann Vorschläge machen soll", ätzten die Potsdamer Neuesten Nachrichten. Neue Nahrung bekam die Diskussion um das Vorkaufsrecht kurz darauf durch einen RBB-Schwerpunkt zum Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft ...

Großinvestoren oder Brandenburger Bauern? Ländliche Entwicklung am Scheideweg

Antenne-Brandenburg-Stammtisch auf Burg Storkow am 3. Februar 2015

Im vollbesetzten Burgsaal sprach Antenne-Moderator Marcus Groß mit Landwirtschaftsminister Jörg Vogelsänger, dem Bundestagsabgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, dem Landrat des Landkreises Märkisch Oderland Gernot Schmidt, dem Vizepräsidenten des Landesbauernverbandes Henrik Wendorf, dem Geschäftsführer des Bauernbundes Reinhard Jung, dem Landwirt Carlo Horn und dem KTG-Vorstand Benedikt Förtig. Mehr als anderthalb Stunden dauerte die Diskussion, die von Antenne und als Livestream im Internet sowie in Auszügen im Fernsehen übertragen wurde, und die Zuhörer, die teilweise auch einbezogen wurden, kamen auf ihre Kosten: vor allem, als Hans Herr Förtig in die Enge trieb, wo denn die als ganz normaler Landwirtschaftsbetrieb der Hofreiters vorgestellte KTG die versprochene Rendite für ihre Aktionäre hernehme. Oder als Schmidt, in dessen Landkreis bereits 25 % der Flächen von den drei großen Holdings KTG, Odega und Lindhorst bewirtschaftet werden, dem Bauernbund-Vorschlag zum Vorkaufsrecht zustimmte und seinen Parteigenossen Vogelsänger aufforderte, nicht auf andere zu warten oder die letzten juristischen Spitzfindigkeiten auszuloten, sondern endlich Politik zu machen. Dass mit Hans, Carlo und Reinhard

gleich drei Bauernbund-Mitglieder im Podium präsent waren und das RBB-Vorabendfernsehen in einer Serie im Vorfeld auf vier Bauernbund-Betrieben (Schiele, Schäkel, Horn und Jung) drehte, zeigt dass niemand bei dem Thema mehr an uns vorbeikommt.



In der im Altkreis Perleberg erscheinenden Heimatzeitung "Der Prignitzer" erschien am 25. Februar ein großes Interview mit Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, in dem dieser unsere hinlänglich bekannten Forderungen zum Vorkaufsrecht für ortsansässige Landwirte und zur Jagd auf Wolf und Biber artikuliert. Neben der Ankündigung des Interviews auf der Titelseite wurde eine Pressemitteilung der linken Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann abgedruckt, die unser Mitglied Helfried Schreiber aus Boberow zu dem folgendem Leserbrief veranlasste:

Ortsansässige Landwirte oder Ortsansässige Betriebe?

Leserbrief unseres Mitglieds Helfried Schreiber vom 10. März 2015

Die linke Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann unterstütze den Bauernbund im Ringen um ein Vorkaufsrecht für ortsansässige Landwirte, heißt es in dem Artikel. Sie fordere eine Reform des Bodenrechts zugunsten ortsansässiger Landwirtschaftsbetriebe. Hier zeigt sich, wie ein einziges Wort den ganzen Sinn eines Artikels verändern kann: Ortsansässig ist jeder Landwirtschaftsbetrieb, denn der Boden, auf dem er wirtschaftet, lässt sich nicht irgendwohin verschieben. Trotzdem kann der Betrieb einer Aktiengesellschaft aus Hamburg gehören. Deshalb fordert der Bauernbund auch kein Vorkaufsrecht für ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe, sondern für ortsansässige Landwirte. Genau diese Forderung haben CDU und Grüne am 22. Januar als Entschließungsantrag in den Landtag eingebracht. Sie wurde mit der Mehrheit von SPD und Linken abgelehnt, also auch mit den Stimmen des Bauernverbandspräsidenten Udo Folgart und des Landtagsabgeordneten Thomas Domres.

Geldverschwendung und Rechtsbeugung: Landesrechnungshof rügt Flurbereinigungsverfahren in Oehna

Ein Bodenordnungsverfahren des Landes Brandenburg, zugeschnitten fast ausschließlich auf die Interessenlage der Agrargenossenschaft Oehnaland bei Jüterbog, hat es bis in den Jahresbericht 2014 des Landesrechnungshofs geschafft, in dem regelmäßig nur die krassen Fälle unverantwortlichen Umgangs mit Steuergeldern veröffentlicht werden. In einem Artikel der Märkischen Allgemeinen, Ausgabe Jüterbog, ist von einer „Geldverschwendung und Rechtsbeugung“ zugunsten der Agrargenossenschaft die Rede, deren Führungsmannschaft bis vor kurzem exzellente Beziehungen in die oberen Etagen des Landwirtschaftsministeriums nachgesagt wurden. Zumindest nachträglich ist die Veröffentlichung ein wichtiger Erfolg für unsere Mitglieder in der Region, die immer wieder auf die unhaltbaren Zustände hingewiesen haben. Der Landesrechnungshof jedenfalls sieht "erhebliche, grundlegende und systematische Schwächen, die auch bei anderen Bodenordnungsverfahren des Landes zu vermuten sind" und verspricht, die weitere Entwicklung aufmerksam zu beobachten: http://www.lrh-brandenburg.de/media_fast/6096/02.12.2014_Endstand.pdf (Seite 200 bis 208).

Bauernbund zur Zukunft der Tierproduktion in Brandenburg

In dem ersten Beitrag dieses Rundbriefs (Seite 3) kommt die Position des Bauernbundes Brandenburg zum Ausdruck, einerseits zur Verteidigung einer bäuerlichen Agrarstruktur den Bau von Großmastanlagen zu erschweren, andererseits jegliche Einmischung in die Zuständigkeit des Tierhalters für das Tierwohl kategorisch zurückzuweisen. Die große öffentliche Aufmerksamkeit angesichts der Demonstration "Wir haben es satt" zur Grünen Woche und angesichts der Volksinitiative gegen Massentierhaltung in Brandenburg bot reichlich Gelegenheit, diese Position darzustellen, unter anderem im ZDF, auf RBB-Inforadio und in der Märkischen Allgemeinen (die leider mit ihrer Ankündigung auf der Titelseite "Bauernbund verteidigt Massentierhaltung" nicht ganz ins Schwarze traf).

Bei der Anhörung zur Volksinitiative im Landtag am 14. Januar war der Bauernbund gleich doppelt vertreten: Geschäftsführer Reinhard Jung argumentierte offensiv für den Wegfall der baurechtlichen Privilegierung von Stallbauvorhaben oberhalb der Umweltverträglichkeitsprüfung und geriet frontal mit Sven Deter vom Vorstand des Landesbauernverbandes aneinander, der dafür plädierte, alle Tierproduktionsanlagen unabhängig von ihrer Größe gleich zu behandeln. Und unser Mitglied Peter Kallies aus Ortwig belegte am Beispiel seiner Schweinemast mit 1800 Tieren ganz praktisch, dass man in bäuerlichen Größenordnungen nicht nur erfolgreich wirtschaften, sondern auch ohne zusätzliche Auflagen in vielen Details Tierwohl und Tiergesundheit verbessern kann. Dieser konzentrierte Auftritt war immerhin so erfolgreich, dass sich die CDU Brandenburg – als erste CDU in Deutschland – unsere zentrale Forderung hinsichtlich des Baurechts zu eigen gemacht hat: zwar noch ohne Erfolg im Landtag, aber jetzt haben wir eine gute Grundlage, um auf Bundesebene Gehör zu finden ...

Bauernbund für moderne Ställe, aber nicht in jeder Größenordnung

Pressemitteilung vom 4. März 2015

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Land, begrüßt den heute von der CDU-Fraktion in den Agrarausschuss eingebrachten Antrag zur Volksinitiative gegen Massentierhaltung, nach dem Stallbauvorhaben mit über 3.000 Schweinen und 85.000 Hähnchen künftig durch die Gemeinden genehmigt werden müssten. "Moderne Ställe gehören aufs Dorf, aber nicht in jeder Größenordnung", sagte Bauernbund-Vorstand Reinhard Benke, Landwirt aus Mörz (Potsdam-Mittelmark): "Mit ihrem Antrag geht die CDU konstruktiv auf das Akzeptanzproblem überdimensionierter Mastanlagen ein, ohne Tierhaltung pauschal an den Pranger zu stellen." Damit habe sie den wesentlichen Vorschlag des Bauernbundes aus der Anhörung im Landtag aufgegriffen.

Als "blinden Größenwahn" kritisierte Benke die von Rot-Rot verfolgte Linie, Mastanlagen weiter ohne Begrenzung genehmigen und fördern zu wollen: "Wer die direkte Nachbarschaft von zum Beispiel 10.000 Schweinen für eine Bereicherung des Dorflebens hält, muss sich nicht wundern, wenn ganz normale Dorfbewohner plötzlich militanten Tierschützern hinterher rennen. Mit dieser Linie schadet die Landesregierung dem Ansehen der Landwirtschaft."

Bauernbund will Kurskorrektur: Partnerschaft auf Augenhöhe statt obrigkeitstaatlichem Naturschutz

Pressemitteilung vom 14. Dezember 2014

Der inzwischen vollzogene Neuzuschnitt der Ministerien mit Eingliederung der Umweltverwaltung in das Landwirtschaftsministerium bietet nach Ansicht des Bauernbundes Brandenburg die Chance für eine grundsätzliche Kurskorrektur. "Wir wollen weg vom obrigkeitstaatlichen Naturschutz, hin zu einer Partnerschaft mit den Landwirten auf Augenhöhe", sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Ackerbauer aus Schrepkow in der Prignitz.

In einem Schreiben an das Ministerium wendet sich der Bauernbund vor allem gegen die bislang gängige Praxis des Programms "Natura 2000", wobei Grundeigentümer und Landnutzer entweder nicht in die Verfahren eingebunden sind oder sich einer Vielzahl von Experten gegenüber sehen, denen jedes Verständnis für landwirtschaftliche Zusammenhänge fehlt. "Dass vielerorts Natur in einer schützenswerten Form erhalten ist, hängt auch mit der dort betriebenen Landwirtschaft zusammen", stellte Jennerjahn klar. Veränderungen sollten daher nicht am grünen Tisch, sondern gemeinsam mit den Landwirten geplant werden. Als vertrauensbildende Maßnahmen fordert der Bauernbund eine umfassende Information der Betroffenen, die Entschädigung von Flächenverlusten durch gleichwertige Ersatzflächen, Vertragsnaturschutz statt Bewirtschaftungsauflagen und den Verzicht auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes zugunsten von Umweltorganisationen.

Auch bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie wünscht sich der Bauernbund künftig eine stärkere Gewichtung landwirtschaftlicher Interessen. Das Ziel, Wasser im Land zu halten, dürfe kein flächendeckendes Dogma sein. "In vielen Niederungsgebieten steht uns durch unterlassene Gewässerpflege das Wasser inzwischen bis zum Hals", kritisiert Jennerjahn und verlangt ein Ende der "nassen Enteignung".

Bauernbund weist Anschuldigung der Gewässerverunreinigung zurück

Pressemitteilung vom 16. Januar 2015

Als "schlechten Witz" hat der Bauernbund Brandenburg die Aussage der Landesregierung bezeichnet, wonach sich mehr als die Hälfte der Oberflächengewässer des Landes aufgrund von Stickstoffeinträgen aus der Landwirtschaft in schlechtem Zustand befänden. "Mineralischer Dünger ist teuer, organischer Dünger ist knapp, weil wir viel weniger Vieh halten als vor der Wende", sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Ackerbauer aus Schrepkow in der Prignitz: "Woher soll das ganze Nitrat denn kommen?" Für punktuelle Belastungen im Grundwasser durch DDR-Tierfabriken könne man die heutige Landwirtschaft jedenfalls nicht verantwortlich machen. Als das Landesumweltamt vor fünf Jahren ein ähnlich düsteres Bild der Gewässerzustände zeichnete, haben Bauernbund-Mitglieder in an ihre Flächen angrenzenden Gräben mit angeblich schlechtem Zustand selber Proben gezogen und untersuchen lassen, so Jennerjahn: "Die Ergebnisse zeigten durchweg Trinkwasserqualität." Es sei absurd, immer wieder die Landwirtschaft zum Sündenbock zu stilisieren und gleichzeitig massive Gewässerverunreinigungen und Grundwasserabsenkungen durch den Braunkohle-Tagebau schönzureden, ärgert sich der Bauernbund-Präsident: "Da fehlt doch jedes vernünftige Maß."

Bauernbund im Dialog mit Staatssekretärin Dr. Carolin Schilde

In einem Gespräch mit der neuen Staatssekretärin im Landwirtschaftsministerium, Dr. Carolin Schilde am 29. Januar haben unser Präsident Karsten Jennerjahn und Vorstand Lutz Wercham nachdrücklich für eine Kurskorrektur plädiert, die darauf ausgerichtet ist, die Erfordernisse von Landwirtschaft und Umwelt besser als bisher in Einklang zu bringen. Der Bauernbund wolle dann gern daran mitwirken, die Akzeptanz des Naturschutzgedankens in der ländlichen Bevölkerung wieder zu erhöhen. Die Staatssekretärin versprach, sich zeitnah um die drängendsten Forderungen zu kümmern und bat uns, die Positionen des Berufsstandes schriftlich zusammenzufassen. Die wichtigsten Punkte dieses Schreibens sind nachfolgend abgedruckt.



1.) Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie:

Vor dem Hintergrund, dass mit der Braunkohleverstromung eine komplette Wirtschaftsbranche mit gravierenden negativen Auswirkungen sowohl auf Wassermenge als auch auf Wasserqualität von der Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie ausgenommen ist, erscheint es uns jedwede Reglementierung der Landwirtschaft zunächst grundsätzlich unangemessen. Eine Gewässerbelastung durch die derzeit betriebene Landwirtschaft ist nicht nachvollziehbar, es sei denn durch Verstöße gegen bereits geltendes Umweltrecht. Diese müssten konsequent verfolgt werden, anstatt durch zusätzliche Auflagen die nach guter fachlicher Praxis betriebene Landwirtschaft einzuschränken. Für eine Kurskorrektur schlagen wir vor:

- Überprüfung der Gewässereinstufungen. Die fehlerhafte Einstufung von erheblich veränderten Gewässern als natürliche Gewässer, wie im Oderbruch, ist zu korrigieren.
- Überprüfung des Meßstellensystems. Der Einfluss von Stoffeinträgen aus Siedlungen ist zu berücksichtigen. Stoffliche Belastungen sind durch tatsächliche Gewässerproben nachzuweisen und nicht über Hochrechnungen zu ermitteln.
- Verzicht auf die großflächige Vernässung von Niederungen sowie auf Bewirtschaftungsauflagen an Gewässerrändern. Statt dessen freiwillige Programme zur einseitigen Bepflanzung von Gewässern mit standorttypischen Gehölzen.

2.) FFH-Managementplanung:

Die bisherige Vorgehensweise hat zu einem tiefen Misstrauen bei Grundeigentümern und Landnutzern gegenüber der Umweltverwaltung geführt. Ursache ist die fehlende Information und plötzliche Konfrontation mit umfangreichen Ausarbeitungen, die angeblich keinerlei Folgen für den Grundeigentümer haben sollen. Kritisch hinterfragt wird auch der theoretische Ansatz, nach dem Naturschutz nur als Wildnis und nicht innerhalb einer genutzten Kulturlandschaft realisiert werden kann. Für eine Kurskorrektur schlagen wir vor:

- Verpflichtende schriftliche Information der Grundeigentümer und Landnutzer schon ab 0,3 ha über alle Schritte der FFH-Managementplanung. Das Wissen und die Erfahrung von Grundeigentümern und Landnutzern sollten in die Planung einbezogen werden.
- Verzicht auf Ausübung des Vorkaufsrechts durch Umweltorganisationen. Enteignungen sind nur in Erwägung zu ziehen, wenn den Grundstückseigentümern mindestens gleichwertige Ersatzflächen in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung gestellt werden können.
- Verzicht auf Bewirtschaftungsauflagen gegen den Willen der Landnutzer. Statt dessen Vorrang für Vertragsnaturschutz, wobei der Vorzustand auf geeignete Weise rechtlich abgesichert werden muss, damit die Fläche nicht nachträglich dem Verschlechterungsverbot des Naturschutzrechts unterliegt.

3.) Umgang mit Problemtieren:

Wir respektieren den Artenschutz für Biber und Wolf, stellen aber fest, dass der inzwischen erreichte günstige Erhaltungszustand beider Arten zum einen für die Landwirtschaft mit erheblichen Problemen verbunden ist, zum anderen von der Umweltverwaltung schlicht geleugnet wird. Alle bisherigen Lösungsansätze gehen somit unerfreulicherweise davon aus, dass der geschädigte Landnutzer als Bittsteller auftreten muss, um artenschutzrechtliche Ausnahmetatbestände zu begründen. Für eine Kurskorrektur schlagen wir vor:

- Schaffung eines ausreichend ausgestatteten Schadensausgleichsfonds, mit dem das Land durch geschützte Problemtiere verursachte Schäden unkompliziert und vollständig finanziell ausgeglichen.
- Definition von Lebensräumen, in denen Biber und Wolf zu tolerieren sind, und Lebensräumen, in denen sie zur Begrenzung der Schäden mithilfe artenschutzrechtlicher Ausnahmegenehmigung entnommen werden dürfen. Um die Population im Oderbruch auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, sind für einen Übergangszeitraum professionelle Biberjäger zu bestellen.
- Antrag beim Bund bzw. der EU, Biber und Wolf in Brandenburg aus dem Schutzstatus herauszunehmen und zu einer bejagbaren Art zu erklären.

Vorsicht: Fördertechnisches Dauergrünland!

Alles sollte einfacher werden mit der EU-Agrarreform: Zum hochkomplizierten Cross Compliance, zu deutsch Überkreuzverpflichtung, gesellte sich das Greening, zu deutsch das Ergrünen der EU-Agrarpolitik. Die Vielzahl der darin enthaltenen Regelungen einschließlich ihrer gesetzlichen Auslegung ist inzwischen nicht einmal mehr für versierte Mitarbeiter von Ministerien und Landwirtschaftsämtern logisch nachvollziehbar. Gemeinsam haben wir, zu der aufgrund eines neueren Urteils geltenden Einstufung von Ackerflächen als Dauergrünland, folgende Anleitung verfasst:

Wenn eine Fläche die letzten fünf Jahre entweder ausschließlich unter dem Nutzungscode 591 (Ackerland aus der Produktion genommen) oder unter dem Nutzungscode 591 im Wechsel mit dem Nutzungscode 42x (sonstige Hauptfutterfläche = Gras, Grünfutter) gemeldet war und sie wird 2015 wieder unter einem der beiden Nutzungscode gemeldet, entsteht fördertechnisch Dauergrünland. Das heißt, die Fläche unterliegt dann dem Grünlandumbruchverbot und sie kann ab 2016 nicht mehr als Ackerland unter dem neuen Nutzungscode 062 (Brache im Rahmen der ökologischen Vorrangflächen) gemeldet werden. Um die Entstehung von fördertechnischem Dauergrünland zu verhindern, kann die Fläche im Antragsjahr 2015

1. geackert werden: Damit wird die Dauergrünlandwerdung unterbrochen, Ihr habt fünf Jahre Ruhe.
2. als ÖVF-Brache gemeldet werden, aber Vorsicht: Damit wird die Dauergrünlandwerdung nicht unterbrochen, nur verzögert. Wird sie im Anschluss wieder unter einem der beiden Nutzungscode 591 oder 42x gemeldet, ist fördertechnisch Dauergrünland entstanden.

Wenn eine Fläche länger als die letzten fünf Jahre ausschließlich unter dem Nutzungscode 42x (sonstige Hauptfutterfläche = Gras, Grünfutter) gemeldet war, ist fördertechnisch bereits Dauergrünland entstanden. Diese Regelung ist allerdings nicht neu. Im Zweifelsfall solltet Ihr Euch beim Landwirtschaftsamt erkundigen, wie der Status der Fläche jetzt ist.

Alles klar?

Bürokratenwahnsinn: Grünlandnutzung unter Daueraufsicht!

Es ist wohl keine Förderrichtlinie daraus geworden, trotzdem verdient ein Ende letzten Jahres veröffentlichtes Diskussionspapier des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe unser Interesse. Es zeigt in unübertroffener Deutlichkeit, wie weltfremd und selbstverliebt in den Amtsstuben gedacht und sicher auch gehandelt wird. Für das an sich begrüßenswerte Ziel, eine extensive Grünlandnutzung im Biosphärenreservat wieder wirtschaftlich attraktiver zu machen, fordern die Manager des großflächigen Naturschutzes nämlich nicht nur ausreichende finanzielle Mittel – dafür hätten wir uns noch auf ihre Seite geschlagen. Neben einer "angemessenen Grundhonorierung" wollen sie eine "ergebnisorientierte Zusatzhonorierung" einführen sowie "wissenschaftlich begleitete Best-Practice-Demonstrationsprojekte", aus diesem Grund sollen für "Beratung und Monitoring der Grünlandpflege mindestens 0,1 Personalstellen pro hundert Hektar verfügbar" sein. Im Klartext: Ausgehend von einer betrieblichen Flächenausstattung von 200 Hektar und dem bisherigen Fördersatz von 100 Euro pro Hektar heißt das alle fünf Bauern ein Aufpasser benötigen, dessen Gehalt mindestens ein Drittel der Fördermittel verschlingt. Auf solche Naturschutzprogramme haben wir gewartet!

Bauernverband: Ich war noch niemals in New York ...

In einem Beitrag des RBB-Fernsehens über das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU am 7. Januar haben unsere Mitglieder Friedhelm Krause und Joachim Nettelbeck aus Rönnebeck ihre Ablehnung von Hormonfleisch und Gentechnik vorgebracht. Als Gegenpart suchte der Reporter eine positive Stimme – und wurde beim Kreisbauernverband Potsdam-Mittelmark fündig: Landwirt Timo Wessels wusste, das die aktuellen Milchpreise in den USA höher sind als in der EU, und freut sich auf großartige Exportchancen. Na denn mal Prost!